

3038/J XXI.GP
Eingelangt am:07.11.2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Kräuter
und GenossInnen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend erhärteten Verdacht parteipolitisch motivierter Schließung von Gendarmerieposten

In der Mittel - und Weststeiermark ist grundsätzlich die Schließung von Gendarmerieposten sicherheitspolitisch verantwortungslos. Im Bezirk Graz - Umgebung sollen trotz der höchsten Kriminalitätsrate landesweit die meisten (5) Gendarmerieposten geschlossen werden. Überdies hat sich der Verdacht parteipolitischer Manipulation bei der Auswahl der Schließungsposten massiv erhärtet.

Zur Aufdeckung parteipolitisch motivierter Machenschaften und zur Durchsetzung einer Revision der Schließungspläne zugunsten der Sicherheit der Bevölkerung richten unterzeichnete Abgeordnete an den Bundesminister für Inneres nachstehende

Anfrage:

1. In der Anfragebeantwortung 2696/AB - XXI.GP verneinen Sie in den Antworten 1. und 2. parteipolitische Kriterien im Zusammenhang mit der Bewertung von Wundschuh und Übelbach, wo bekanntlich ein „schwarzer Gewerkschafter sitzt“ (Steirerkrone, 22. Juni 2001). Wie sieht also der statistische Vergleich des Gendarmeriepostens Übelbach zum Gendarmerieposten Wundschuh in den Jahren 1997 bis 2000 in Prozenten aus bei
 - a) Verbrechen,
 - b) Vergehen,
 - c) BH - Anzeigen,
 - d) BH - Aufträgen,
 - e) Organmandaten,
 - f) Verkehrsunfälle?

2. Im Gendarmerieposten Übelbach, der aus parteipolitischen Gründen von der Schließung nachträglich ausgenommen wurde, ist der ÖVP - Personalvertreter, der die Ursache für die völlig inakzeptable Manipulation von sicherheitspolitischen Maßnahmen ist, im Jahr 2000 für seine Sonderverwendung als Personalvertreter 1.429 Stunden abwesend gewesen. Wie gestaltet sich im Jahr 2000 die Systemisierung der Personalstellen im Vergleich Übelbach / Wundschuh unter Berücksichtigung dieser Abwesenheit?
3. Wie bewerten Sie die Aussage einer Mitarbeiterin des Innenministeriums, daß der Posten Übelbach aufgrund einer Entfernung von 60 km zur nächsten Dienststelle bestehen bleiben müßte, obwohl der Posten Deutschfeistritz nur 7 km von Übelbach entfernt ist (Steirerkrone, 27. Oktober 2001)?
4. Ist es richtig, daß diese Auskunftsperson des Innenministeriums, die weder über geographische Gegebenheiten in den Bundesländern Bescheid zu wissen scheint, noch über einen Plan der Gendarmerieposten in Österreich verfügen dürfte, am 1. November 2001 ein Amt als Polizeidirektor mit der Verantwortung über mehr als 400 Beamte übernommen hat?
5. In der Anfragebeantwortung 2696/AB - XXI.GP führen Sie als Zurückweisung der parteipolitisch motivierten Bevorzugung des Postens Übelbach neben der Falschbehauptung der Entfernung zu Nachbardienststellen und der Dienststellengröße (Anzahl der je nach Belastung systemisierten Planstellen) u.a. die topographische und geographische Lage an. Weiters wird seitens des Ministeriums die große Westausdehnung des Postens Übelbach auf die Gleinalm ins Treffen geführt. Gilt dieses Argument auch für den Posten Bärnbach, der geschlossen werden soll?
 - a) Wenn nein, warum nicht?
6. Können Sie ausschließen, daß die beabsichtigte Schließung des Postens Bärnbach eine Personalreduktion im Bezirk Voitsberg zulasten der Sicherheit der Bevölkerung mit sich bringt?
7. Können Sie „Absystematisierungen“ in den Bezirken Voitsberg und Graz - Umgebung ausschließen?

8. In Ihrer Anfragebeantwortung 2696/AB - XXI. GP wird eine „nachfolgende Detailprüfung jedes Einzelfalls“ auf Basis des Dienststellenstrukturanpassungs - konzepts des Landesgendarmeriekommandos erwähnt. Wer hat wann mit welchen Erkenntnissen diese Detailprüfung vorgenommen, mit dem Ergebnis, daß das „Detail“ des 7 km von Übelbach entfernten Gendarmeriepostens Deutschfeiritz vergessen wurde?
9. Wurden bei der „Detailprüfung“ zugunsten des Postens Wundschuh der künftige ÖBB - Terminal Werndorf, die konkreten Planungen im Gewerbe - und Industriebereich sowie der Autobahnvollanschluß berücksichtigt?
 - a) Wenn nein, warum nicht?
10. Sind Sie angesichts der in der Steiermark von allen maßgeblichen Personen im Bereich der Sicherheitsadministration längst offen kritisierten, beschämenden Manipulation zugunsten eines Parteigängers bereit, die Postenschließungen neu zu überdenken und objektiven Kriterien entsprechend zu revidieren?